

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Die Bürgermeisterin**

Ratsbetreuender Fachbereich: <b>1 - Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung</b>	Datum 23.04.2001
	Schriftführer Herr Kredelbach
	Telefon-Nr. 02202/14-2237
<b>Niederschrift</b>	
<b>Rat</b>	<b>Sitzung am 05.04.2001</b>
Sitzungsort  Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm- Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)  17:07 Uhr - 19:18 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
<b>Sitzungsteilnehmer</b>	
Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
<b>Inhalt</b>	

**A Öffentlicher Teil**

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 15.02.2001 -öffentlicher Teil-  
151/2001**
- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin**

5. **Benennung einer stimmberechtigten Abgeordneten/eines stimmberechtigten Abgeordneten für die 31. ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 08. bis 10.05.2001 in Leipzig**  
*192/2001*
6. **Annahme von Schenkungen des Verschönerungsvereins Bergisch Gladbach e.V.;**  
**- Restaurierung des kleinen Sitzungssaales im Rathaus Gladbach und**  
**- Anschaffung von Ausstellungsvitrinen für die Bürgermeisterketten**  
*202/2001*
7. **Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2000**  
*146/2001*
8. **Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2001**  
*147/2001 und 229/ 2001*
9. **Einwohnerfragestunde**  
*188/2001*
10. **Antrag des Vereins Kath. Erziehungsberatung e.V. auf kommunale Förderung des Projekts "Kids & Co." (Hilfe für Kinder suchtkranker Eltern)**  
*107/2001*
11. **Änderung der Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach über Ehrungen für besonderes ehrenamtliches soziales Engagement**  
*189/2001*
12. **Feststellung des Jahresabschlusses 1998 der Stadt- und Kreisbücherei**  
*111/2001*
13. **Feststellung des Jahresabschlusses 1999 der Stadt- und Kreisbücherei**  
*112/2001*
14. **Das Leitbild der städtischen Max-Bruch-Musikschule**  
*125/2001*
15. **Entgelte für die VHS-Veranstaltungen im Herbstsemester 2001**  
*136/2001*

16. **Sanierung und Umbau der Kath. Kindertagesstätte St. Laurentius in Bergisch Gladbach, Dr. Robert-Koch-Str. 17**  
*134/2001*
17. **Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung für das Geschirrmobil/Geschirr der Stadt Bergisch Gladbach**  
*174/2001*
18. **I. Änderung der Gebührenordnung für Parkuhren / Parkscheinautomaten in der Stadt Bergisch Gladbach ( Parkgebührenordnung )**  
*193/2001*
19. **II. Nachtragssatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Bergisch Gladbach (Abfallsatzung)**  
*196/2001*
20. **Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Gemeinde Kürten über die Ableitung von Abwässern aus Bergisch Gladbach in das zentrale Abwassernetz der Gemeinde Kürten**  
*177/2001*
- 20a. **Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlaß**  
*178/2001*
21. **Veranstaltung zum Holocaust-Gedenktag am 27. Januar**  
*194/2001*
22. **Gedenktafel für die NS- Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter**  
*143/2001*
23. **Antrag der KIDitiative vom 15.03.2001 auf Umbesetzung in den Ausschüssen**  
*213/2001*
24. **Antrag des Seniorenbeirates vom 08.03.2001, einen Vertreter des Seniorenbeirates als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden zu berufen**  
*218/2001*
25. **Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 19.02.2001, § 14 Abs. 3, Satz 2 der**

**Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach zu ergänzen.**  
*225/2001*

- 26. Antrag der SPD-Fraktion vom 13.03.2001, eine Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus im ehemaligen Stadtgefängnis hinter dem Rathaus Gladbach einzurichten**  
*226/2001*
- 27. Anfragen der Ratsmitglieder**

**A Öffentlicher Teil**

**1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit**

Bürgermeisterin Opladen eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der Rat ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde sowie beschlußfähig ist.

Sie benennt folgende, für die heutige Sitzung relevanten Sitzungsunterlagen:

1. die Einladung vom 23.03.2001,
2. das Schreiben vom 28.03.2001 mit seinen Anlagen,
3. das Schreiben vom 30.03.2001 mit seiner Anlage.

Des weiteren verweist sie auf zwei Tischvorlagen zur Erweiterung der Tagesordnung des Rates aufgrund des zu behandelnden Widerspruches der SPD-Fraktion vom 19.03.2001 gegen den Beschluß zu Tagesordnungspunkt 6 der Sitzung des Vergabeausschusses vom 14.03.2001.

Herr Waldschmidt kritisiert, daß die Behandlung des Einspruches über eine Tischvorlage erfolgen solle. Das Schreiben der SPD-Fraktion datiere vom 19.03.2001 und liege der Verwaltung seit über zwei Wochen vor.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden

**Beschluß:**

**Gemäß § 48 Abs. 1 Satz 4 der Gemeindeordnung von Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit § 12 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Bergisch Gladbach wird die Tagesordnung der heutigen Sitzung im nichtöffentlichen Teil um den Punkt B 3 a „Einspruch gem. § 57 Abs. 4 Gemeindeordnung NW in Verbindung mit § 30 Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Bergisch Gladbach“ erweitert.**

**2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**

Bürgermeisterin Opladen weist darauf hin, daß in der Niederschrift die Überschriften zu den Punkten 13 und 14 des öffentlichen Teiles vertauscht wurden.

Frau Ryborsch bittet zu überprüfen, ob sie unter Punkt 13 des öffentlichen Teiles tatsächlich keine Äußerung gemacht habe, die zu protokollieren gewesen wäre.

Danach weist Bürgermeisterin Opladen auf ein Schreiben von Herrn Dr. Winzen vom

29.03.2001 zu Punkt 13 des öffentlichen Teiles der Niederschrift hin. Dieses ist der Niederschrift vom 05.04.2001 als Anlage beigelegt. Sie schlägt vor, den strittigen letzten Satz des Absatzes 1 ersatzlos zu streichen.

Herr Dr. Winzen ist hiermit einverstanden.

Im übrigen wird die Niederschrift genehmigt.

**3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 15.02.2001 -öffentlicher Teil-**

Bürgermeisterin Opladen verweist zu Punkt 14 auf die Beschlußempfehlung des Hauptausschusses vom 27.03.2001, über die der Rat in seiner heutigen Sitzung unter Punkt 21 des öffentlichen Teiles zu befinden habe.

Im übrigen wird der Bericht zur Kenntnis genommen.

**4. Mitteilungen der Bürgermeisterin**

**1. Ergebnis der Organisationsuntersuchung zur Feuerwehr**

Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, daß das Ergebnis der Organisationsuntersuchung zur Feuerwehr inzwischen vorliege.

Stadtkämmerer Kotulla erläutert, daß die Angelegenheit Gegenstand der Sitzung des Hauptausschusses am 22.05.2001 sein werde. Im Zusammenhang mit der Diskussion zum Stellenplan für 2001 sei bereits auf die Stellenforderungen der Feuerwehr hingewiesen worden. Aufgrund dessen sei die Organisationsuntersuchung erfolgt, die nunmehr im Entwurf vorliege und im Hause diskutiert werde. Sie bestätige, daß die Funktionsfähigkeit von Rettungsdienst und Feuerwehr gegeben sei, wenngleich man personelle Engpässe bei den Feuerwehren, auch den freiwilligen, feststellen müsse. Viele Arbeitgeber seien heutzutage nicht mehr bereit, ihre bei der freiwilligen Feuerwehr engagierten Mitarbeiter im erforderlichen Maße freizustellen. Aus diesem Grund sei beabsichtigt, eine Werbekampagne zu starten, die bei allen Arbeitgebern um Verständnis und um die notwendige Freigabe der Wehrmitglieder werbe. Je mehr freiwillige Kräfte zum Einsatz kämen, desto weniger müsse die Personaldecke im hauptamtlichen Bereich aufgestockt werden.

Dennoch seien auch hier Maßnahmen ergriffen worden. Mehrere Langzeitkranke seien zwischenzeitlich ausgeschieden. In 2000 seien 9 Feuerwehranwärter eingestellt worden. Es sei beabsichtigt, in 2001 weitere 9 in den Dienst aufzunehmen. Weiterhin wurden befristet Rettungssanitäter eingestellt, damit die Feuerwehrleute nicht mehr als nötig durch den Rettungsdienst in Anspruch genommen werden.

Entsprechend den Empfehlungen der endgültigen Fassung des Gutachtens werde die Verwaltung alles Notwendige sowohl im Bereich der freiwilligen Feuerwehr als auch im Bereich der hauptamtlichen veranlassen.

Herr Freese kritisiert, daß die Presse in der Angelegenheit vor dem Rat informiert wurde.

## **2. Straßenanbindung an das Merheimer Kreuz**

Herr Freese möchte wissen, wie der Sachstand in den Verhandlungen zwischen den Städten Bergisch Gladbach und Köln in der o.g. Angelegenheit sei.

Bürgermeisterin Opladen antwortet, daß es bislang lediglich ein Gespräch gegeben habe, in welchem das weitere Vorgehen abgestimmt wurde.

## **5. Benennung einer stimmberechtigten Abgeordneten/eines stimmberechtigten Abgeordneten für die 31. ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 08. bis 10.05.2001 in Leipzig**

Der Rat faßt mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, F.D.P. und KIDitiative folgenden

### **Beschluß:**

**Als stimmberechtigter Abgeordneter für die 31. Ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 08. – 10. Mai 2001 in Leipzig wird Stadtkämmerer Michael Kotulla benannt.**

## **6. Annahme von Schenkungen des Verschönerungsvereins Bergisch Gladbach e.V.; - Restaurierung des kleinen Sitzungssaales im Rathaus Gladbach und - Anschaffung von Ausstellungsvitrinen für die Bürgermeisterketten**

Herr Hagen begibt sich in den Zuschauerraum, da er befangen ist.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden

### **Beschluß:**

**Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach nimmt die Schenkungen des Verschönerungsvereins Bergisch Gladbach e.V., die Restaurierung des kleinen Sitzungssaales im Rathaus Gladbach und die Anschaffung von Ausstellungsvitrinen für die Bürgermeisterketten, mit besonderem Dank an.**

Herr Hagen kehrt an seinen Platz zurück.

7. **Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2000**

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

8. **Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2001**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

**Beschluß:**

1. Die Zustimmung zur Leistung und Deckung der außerplanmäßigen Ausgabe des Haushaltsjahres 2001 in Höhe von 300.000,-- DM wird gem. § 82 Abs. 1 GO NW erteilt.
2. Die dringliche Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO NW des Hauptausschusses vom 27.03.2001 hinsichtlich der Zustimmung zur Leistung und Deckung der außerplanmäßigen Ausgabe des Haushaltsjahres 2001 bei Haushaltsstelle 791 940 23 – Baukosten – in Höhe von 100.000,-- DM wird genehmigt.
3. Die vom Stadtkämmerer für das Haushaltsjahr 2001 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von insgesamt 8.500,-- DM werden gem. § 82 Abs. 1 GO NW zur Kenntnis genommen.

9. **Einwohnerfragestunde**

Es gibt keine Einwohneranfragen.

10. **Antrag des Vereins Kath. Erziehungsberatung e.V. auf kommunale Förderung des Projekts "Kids & Co." (Hilfe für Kinder suchtkranker Eltern)**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

**Beschluß:**

Das Projekt *Kids & Co* wird antragsgemäß gefördert. Dem Verein *Kath. Erziehungsberatung e.V.* wird für den Zeitraum vom 01.07. bis 31.12.2001 ein Zuschuss in Höhe von 30.600 DM gewährt. Das Projekt soll in den Folgejahren im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel analog gefördert werden.

11. **Änderung der Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach über Ehrungen für besonderes ehrenamtliches soziales Engagement**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

**Beschluß:**

Der Änderung der *Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach über Ehrungen für besonderes ehrenamtliches soziales Engagement* in *Richtlinien über Ehrungen für besonderes ehrenamtliches Engagement* wird zugestimmt.

Die Richtlinien treten in ihrer geänderten Fassung zum 01.05.2001 in Kraft.

12. **Feststellung des Jahresabschlusses 1998 der Stadt- und Kreisbücherei**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

**Beschluß:**

Der Jahresabschluss und der Lagebericht 1998 der Stadt- und Kreisbücherei werden festgestellt.

Der Jahresverlust in Höhe von 518.711,52 DM ist wie folgt zu behandeln:

- die Abschreibungen in Höhe von 547.057,22 sollen aus der allgemeinen Rücklage abgedeckt werden
- der erwirtschaftete Betriebskostenzuschuss in Höhe von 28.345,70 DM soll zur Tilgung des Verlustvortrages verwandt werden

13. **Feststellung des Jahresabschlusses 1999 der Stadt- und Kreisbücherei**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

**Beschluß:**

Der Jahresabschluss und der Lagebericht 1999 der Stadt- und Kreisbücherei werden festgestellt.

Der Jahresverlust in Höhe von 349.527,73 DM ist wie folgt zu behandeln:

- die Abschreibungen in Höhe von 540.784,35 DM sollen aus der allgemeinen Rücklage abgedeckt werden (- 140.000,00 DM Sonderzuschuss)
- der erwirtschaftete Betriebskostenzuschuss in Höhe von 51.256,62 DM soll zur Tilgung des Verlustvortrages verwandt werden.

**14. Das Leitbild der städtischen Max-Bruch-Musikschule**

Herr Ziffus hält die Verabschiedung eines Leitbildes in der dargebotenen Form für wenig sinnvoll.

Sodann faßt der Rat einstimmig bei einer Stimmenthaltung aus den Reihen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden

**Beschluß:**

**Das Leitbild für die städtische Max-Bruch-Musikschule wird beschlossen.**

**15. Entgelte für die VHS-Veranstaltungen im Herbstsemester 2001**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

**Beschluß:**

**Die Entgelte für die VHS-Veranstaltungen für das Herbstsemester 2001 werden beschlossen.**

**16. Sanierung und Umbau der Kath. Kindertagesstätte St. Laurentius in Bergisch Gladbach, Dr. Robert-Koch-Str. 17**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

**Beschluß:**

- 1. Die Stadt Bergisch Gladbach gewährt der Kath. Kirchengemeinde St. Laurentius für die Sanierung und den Umbau ihrer dreigruppigen Kindertagesstätte in Gladbach, Dr.-Robert-Koch-Straße 17, vorbehaltlich der Förderung mit Landesmitteln zu den angemessenen Baukosten von ca. 1.250.000 DM einen Zuschuss von 90% zu den nach Abzug der Rücklage verbleibenden ca. 1.150.000 DM (= ca. 1.035.000 DM).**
- 2. Zur Anfinanzierung der Maßnahme soll aus den in 2000 nicht verausgabten Mitteln bei Haushaltsstelle 1.464.9870.1 – Investitionszuschüsse Kindertagesstätten – ein Haushaltsrest in Höhe von 161.000 DM gebildet werden, damit diese Mittel in 2001 zur Verfügung stehen. Des weiteren ist bei der o.g. Haushaltsstelle ein Betrag in Höhe der bisher für 2001 nicht eingeplanten ersten Rate der Landesmittel, also 201.250 DM, in 2001 überplanmäßig bereitzustellen. Die Finanzierung der restlichen Mittel ist in 2002 sicherzustellen.**

17. **Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung für das Geschirrmobil/Geschirr der Stadt Bergisch Gladbach**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

**Beschluß:**

**Die Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung für das Geschirrmobil/Geschirr der Stadt Bergisch Gladbach wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.**

18. **I. Änderung der Gebührenordnung für Parkuhren / Parkscheinautomaten in der Stadt Bergisch Gladbach ( Parkgebührenordnung )**

Der Rat faßt mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion folgenden

**Beschluß:**

**Die Änderung der Gebührenordnung für Parkuhren / Parkscheinautomaten in der Stadt Bergisch Gladbach ( Parkgebührenordnung ) wird entsprechend der beigefügten Anlagen beschlossen.**

19. **II. Nachtragssatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Bergisch Gladbach (Abfallsatzung)**

Herr Dr. Fischer schlägt vor, die in § 5 dargestellte Neufassung des § 17 der Satzung in Satz 2 des Abs. 4 wie folgt zu formulieren:

„Auf diesen Grundstücken anfallendes Altpapier ist in die bereitgestellten zentralen und abschließbaren Sammelbehälter einzufüllen (Bringpflicht).“

Er hält eine Abschließbarkeit vor allem der großen Sammelbehälter für sinnvoll, um einen „Papiertourismus“ zu unterbinden.

Fachbereichsleiter Sterzenbach hält es für wenig zweckmäßig, den Zusatz der Abschließbarkeit in die Satzung aufzunehmen. Im Augenblick seien noch technische Probleme zu lösen, insbesondere im Hinblick auf das Zusammenspiel mit den Schließenanlagen in größeren Wohnobjekten.

Herr Kraemer erläutert, daß auf diese Fragestellung im Fachausschuß bereits eingegangen wurde. Es sei durchaus beabsichtigt, eine Abschließbarkeit der Container zu gewährleisten. Die Problematik bestehe in technischer Hinsicht, da die Kompatibilität der Behälter mit den Schließenanlagen erst noch herzustellen sei. Nach

Auskunft des Abfallwirtschaftsbetriebes sei es aber beabsichtigt, dieses Kriterium so schnell wie möglich zu erfüllen. Insoweit erübrige sich eine Aufnahme in die Satzung.

Sodann faßt der Rat einstimmig bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion folgenden

**Beschluß:**

Die II. Nachtragsatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Bergisch Gladbach (Abfallsatzung) wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

20. **Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Gemeinde Kürten über die Ableitung von Abwässern aus Bergisch Gladbach in das zentrale Abwassernetz der Gemeinde Kürten**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

**Beschluß:**

Dem Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Ableitung von Abwässern aus dem Stadtgebiet Bergisch Gladbach, Ortsteile Ober-/Untersteinbach, in das zentrale Abwassernetz der Gemeinde Kürten in den Hauptsammler in der Dürschtalstraße wird in der als Anlage beigefügten Fassung zugestimmt.

20a. **Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlaß**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

**Beschluß:**

**Die Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlaß wird in der Fassung der Anlage beschlossen.**

21. **Veranstaltung zum Holocaust-Gedenktag am 27. Januar**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

**Beschluß:**

**Zum Holocaust-Gedenktag am 27. Januar werden jährlich themenbezogene**

Veranstaltungen durchgeführt werden, die von verschiedenen Trägern, wie z.B. Verbänden, Schulen oder Einrichtungen, vorbereitet werden. Im Jahr 2002 wird mit einer zentralen Auftaktveranstaltung begonnen, die Initialwirkung haben soll.

Die Finanzierung für die Auftaktveranstaltung ist im Rahmen der Haushaltsplanung 2002 sicherzustellen.

22. **Gedenktafel für NS- Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

**Beschluß:**

Die Gedenktafel für NS-Zwangsarbeiter erhält die im Ältestenrat abgestimmte und in der Vorlage aufgeführte Textfassung.

23. **Antrag der KIDinitiative vom 15.03.2001 auf Umbesetzung in den Ausschüssen**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

**Beschluß:**

Den Ausschußumbesetzungen wird zugestimmt.

24. **Antrag des Seniorenbeirates vom 08.03.2001, einen Vertreter des Seniorenbeirates als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden zu berufen**

Herr Kraemer ist mit der Argumentation der Verwaltung einverstanden. Er geht davon aus, daß der Seniorenbeirat durch seine Einbindung in die Fachausschüsse hinreichend an kommunalen Entscheidungen beteiligt ist.

Frau Ryborsch bedauert, daß der Ausschuß für Anregungen und Beschwerden bei der CDU-Fraktion nicht den ihm gebührenden Stellenwert besitze. Sie beantragt, den Antrag des Seniorenbeirates zur Beratung in den Hauptausschuß zu überweisen.

Herr Freese schließt sich der Stellungnahme der Bürgermeisterin ebenfalls an, kritisiert aber die Einschätzung des Stellenwertes des in Rede stehenden Ausschusses durch die CDU-Fraktion.

Herr Blask spricht sich für eine Einbindung des Seniorenbeirates im Ausschuß für Anregungen und Beschwerden aus. Eine grundsätzliche Diskussion im Hauptausschuß halte er aber für erforderlich, weil generell die Einbindung

außenstehender Gruppen in die Rats- und Ausschubarbeit zu konkretisieren sei.

Herr Kraemer weist den Vorwurf von Herrn Freese hinsichtlich einer Geringschätzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden zurück.

Herr Dr. Miede geht davon aus, daß die Einschätzung der Wertigkeit eines Ausschusses vor allem von dessen Kompetenzen abhängt. Diese seien gerade beim Ausschuß für Anregungen und Beschwerden diffizil.

Bürgermeisterin Opladen geht davon aus, daß sich der Rat bei der Einbindung von Mitgliedern des Seniorenbeirates in die Ausschubarbeit bereits sehr großzügig gezeigt habe.

Sodann lehnt der Rat den Antrag von Frau Ryborsch mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und F.D.P. ab.

Danach faßt der Rat mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, SPD und F.D.P. folgenden

**Beschluß:**

**Der Antrag wird abgelehnt.**

25. **Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 19.02.2001, § 14 Abs. 3, Satz 2 der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach zu ergänzen.**

Frau Schmidt-Bolzmann begründet den Antrag.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden

**Beschluß:**

**Der Antrag wird an den Hauptausschuß überwiesen.**

26. **Antrag der SPD-Fraktion vom 13.03.2001, eine Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus im ehemaligen Stadtgefängnis hinter dem Rathaus Gladbach einzurichten**

Herr Dr. Winzen erläutert, daß eine Gedenkstätte im Sinne des Antrages seiner Fraktion nicht so perfekt gestaltet werden müsse, wie dies in der Verwaltungsvorlage unterstellt werde. Hier sei die desolante finanzielle Lage der Stadt durchaus zu beachten. Er bezweifelt die Ausführungen in der Vorlage zum Zustand der Räumlichkeiten des ehemaligen Stadtgefängnisses. Nach einer Begehung habe seine Fraktion festgestellt, daß lediglich die größeren Gewölberäume an der Bergseite durchfeuchtet seien. Das Obergeschoß sei demgegenüber trocken. Es habe hier vor einigen Jahren offenbar einen Wassereinbruch gegeben, dessen Folgen man auch heute noch sehen könne. Das Dach sei grundlegend saniert worden. Von den

ursprünglichen drei Gefängniszellen sei heute nur noch eine sowie eine kleine Gemeinschaftstoilette vorhanden. Zwei andere Zellen wurden zu einem Raum vereinigt. Eine Rekonstruktion des Gefängnistraktes sei insofern nicht sehr aufwendig, wobei in alten Plänen von 1923 sogar Darstellungen der ehemaligen Gefängnistüren existierten. Es gebe zudem einen Vorraum von etwa 40 qm, der groß genug für die Aufnahme einer Schulklasse sei. Auch könnten hier Ausstellungen abgehalten werden und Vorträge stattfinden.

Er schlägt vor, heute nur die grundsätzliche Entscheidung zu treffen, ob überhaupt eine NS-Gedenkstätte eingerichtet werde. Bejahendenfalls könnten dann die Einzelheiten, insbesondere die Standortfrage, unter Einbindung der Fachausschüsse geregelt werden. Nach wie vor bevorzuge die SPD-Fraktion den Standort des ehemaligen Stadtgefängnisses. Es handle sich um eine Durchgangsstation für NS-Regimegegner und ehemalige Zwangsarbeiter. Zudem bestehe die Nähe zur noch anzubringenden Gedenktafel. Die personelle Betreuung der Gedenkstätte solle von der Verwaltung fantasievoller als dargestellt geregelt werden. Denkbar sei ein ehrenamtliches Engagement nach dem Vorbild des Schulmuseums. Es gebe auch in Bergisch Gladbach genügend pensionierte Lehrer, insbesondere mit der Fachrichtung Geschichte, die diese Aufgabe leisten könnten. Weiterhin sei eine Trägerschaft durch den Bergischen Geschichtsverein in Erwägung zu ziehen. Die Neuanfertigung der Gefängnistüren könne sich der Verschönerungsverein zu eigen machen.

Bürgermeisterin Opladen erläutert, daß die Vorlage deshalb sehr ausführlich verfaßt wurde, um das Für und Wider der Standorte hinreichend abzuwägen. Die Auswahl eines würdigen Ortes für eine solche Gedenkstätte, an dem diese auch sinnvoll funktionieren könne, sei das Anliegen gewesen.

Herr Neuheuser spricht sich ebenfalls dafür aus, die grundsätzliche Frage nach der Einrichtung einer Gedenkstätte heute zu klären und die Auswahl des Ortes in Ruhe vorzunehmen. Der Standort des ehemaligen Stadtgefängnisses liege zentraler und könne daher leichter zu einem Publikumsmagneten werden. In jedem Falle sollten beiden Varianten geprüft und mit einem Kostenvoranschlag versehen werden. Auch dann, wenn die Gedenkstätte nicht im ehemaligen Stadtgefängnis untergebracht werde, solle dieses der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Auch Frau Ryborsch spricht sich für den Standort des ehemaligen Stadtgefängnisses aus.

Für Herrn Kraemer ist es entscheidend, nicht nur eine Gedenkstätte um deren selbst willen einzurichten, sondern für diese nach Einweihung ein dauerhaftes und breites Interesse der Bürgerschaft zu wecken. Für ein Funktionieren sei nicht nur die Auswahl des Ortes, sondern auch die Anbindung an den eigentlichen historischen Fundus der Stadt von Wichtigkeit. Die Angelegenheit sei unter Würdigung aller Aspekte im zuständigen Hauptausschuß zu behandeln. Er erinnert an das umstrittene Denkmal im Park der Villa Zanders und dessen mangelnde Akzeptanz bei der Bürgerschaft.

Für Herrn Blask ist es analog der Kölner Gedenkstätte im EL-DE-Haus sinnvoll, für eine Bergisch Gladbacher Einrichtung dieser Art gerade die beklemmende Wirkung von Gefängniszellen zu nutzen.

Für Herrn Dr. Mieke ist ein Denkmal bzw. eine Gedenkstätte nicht gleichbedeutend mit Unterrichtsräumen. Er empfiehlt, sich bei der Entscheidung der Angelegenheit von Würde entsprechend genügend Zeit zu nehmen.

Auch Herr Kleine hält eine grundsätzliche Entscheidung in der heutigen Sitzung für sinnvoll.

Herr Ziffus erinnert daran, daß die Zeitzeugen mehr und mehr wegsterben. Um so wichtiger sei es, so schnell wie möglich eine Gedenkstätte einzurichten, um die dunkelste Phase der deutschen Geschichte vor dem Vergessen zu bewahren. Keine Angst haben sollte man vor der Möglichkeit, daß im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der kommunalhistorischen Fakten jener Zeit auch Namen genannt werden. Denkbar sei neben einer Diskussion im Hauptausschuß auch eine solche im Ausschuß für Bildung, Kultur, Schule und Sport.

Auch Frau Wöber-Servaes weist darauf hin, daß die Zeitzeugen zunehmend aussterben und dann nicht mehr befragt werden können.

Bürgermeisterin Opladen schlägt vor, daß das weitere Vorgehen zunächst von einem kleineren Kreis von Interessierten nichtöffentlich erörtert werde, um anschließend den Ausschüssen gesichertere Auffassungen präsentieren zu können.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden

### **Beschluß:**

**Die Einrichtung einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus in Bergisch Gladbach wird befürwortet.**

**Es wird Einvernehmen erzielt, daß die von Bürgermeisterin Opladen vorgeschlagene Arbeitsgruppe von Interessierten eingerichtet wird. Die Fraktionen werden von sich aus Personen benennen, die in dieser mitwirken wollen.**

## **27. Anfragen der Ratsmitglieder**

### **a) Anfrage zur Markierung von Bäumen in einem Waldgelände in Lückeraath**

Frau Ryborsch weist darauf hin, daß in einem Waldgebiet in Lückeraath südlich des Krüger-Geländes zahlreiche Bäume markiert wurden. Während die Verwaltung ihr die Gründe hierfür nicht habe erläutern können, habe sie von Herrn Willibert Krüger die Auskunft erhalten, hierfür sei ein von ihm beauftragtes Institut verantwortlich. Dieses solle ggf. im Rahmen des für das Areal anstehenden Bauleitplanverfahrens den landschaftspflegerischen Ausgleich herbeiführen.

Sie fragt an, ob die Mitarbeiter des Institutes zum Markieren der Bäume eine Berechtigung hatten. Dies stehe normalerweise nur Mitarbeitern des Grünflächenbereiches oder des Forstfiskus zu. Sie möchte weiterhin wissen, wie

die Verwaltung mit dieser Angelegenheit umgehe und künftig solche Handlungen unterbinde.

b) Anfrage zur Aktion „Tanzen statt Torkeln“ zu Karneval

Herr Neuheuser fragt an, wie viele Veranstaltungen in diesem Jahr zu Karneval unter dem Motto „Tanzen statt Torkeln“ abgehalten wurden und welche davon direkt von der Stadt organisiert waren. Weiterhin möchte er wissen, welche Veranstaltungen überhaupt in diesem Jahr in den Jugendzentren abgehalten wurden, um Jugendliche von der Straße und damit auch vom Alkohol fernzuhalten.

c) Bürgerversammlung zur Umgestaltung des Ortskernes in Paffrath

Herr Blask weist darauf hin, daß eine Bürgerversammlung zu den Planungen im Ortskern von Paffrath abgehalten werden solle. Er möchte wissen, wann diese terminiert sei und welche Aspekte dort abgehandelt werden.

Stadtbaurat Schmickler erläutert, daß nach dem Willen des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr die Busspur im Stadtteil in jedem Falle eingerichtet werden solle. Dies habe Auswirkungen auf die künftige Platzgestaltung, die Gegenstand der benannten Bürgerversammlung sein solle. Die notwendige Diskussion lasse sich allerdings nicht auf die reine Platzgestaltung einengen, da eine solche zwangsläufig Auswirkungen auf die Lenkung der Verkehrsströme habe. Ein genauer Termin für die Bürgerversammlung sei noch nicht festgelegt worden.

d) Einrichtung eines Bolzplatzes im Stadtteil Frankenforst

Herr Schnöring verweist auf die Fortschreibung des Spielplatzplanes im letzten Jugendhilfeausschuß (Jugendhilfe- und Sozialausschuß) und die Verlagerung eines Bauleitplanverfahrens im Bereich Frankenforst, das u.a. die Einrichtung eines Bolzplatzes vorsehe, in die Prioritätenstufe 1. Da die mobile Jugendarbeit nunmehr in diesem Bereich aktiv werden möchte, fragt er an, wann das Bauleitplanverfahren beendet werde und mit der Einrichtung des Bolzplatzes zu rechnen sei.

Fachbereichsleiterin Müller-Veit geht davon aus, daß trotz der Aufnahme der Änderung des Bauleitplanes in die Priorität 1 mit einem Beginn des Verfahrens frühestens Ende des Jahres gerechnet werden könne. An eine Realisierung des Bolzplatzes sei somit nicht vor 2003 zu denken.

e) Anfrage zu den Liegenschaften der Belgischen Streitkräfte im Stadtgebiet von Bergisch Gladbach

Herr Dr. Kassner verweist auf Presseberichte, nach denen die Belgischen Streitkräfte den Bereich Köln und Umgebung endgültig verlassen würden. In

Bergisch Gladbach, insbesondere im Bereich Frankenforst und Refrath, gebe es zahlreiche Gebäude, die bislang von Angehörigen der Streitkräfte genutzt wurden. Ein Eigentumsübergang insbesondere der Reihenhäuser an junge Familien mit Kinder sei geeignet, die Altersstruktur in diesem Bereich nachhaltig zu verbessern. Er möchte wissen, ob die Verwaltung hier eine entsprechende Initiative ergreifen wolle.

Fachbereichsleiter Martmann antwortet, daß diesbezüglich Kontakt mit der Bundesvermögensverwaltung aufgenommen wurde. Dort seien bislang noch keine Kaufabsichten bekannt geworden. Insgesamt werde die Abwicklung entsprechend den Presseberichten noch bis etwa 2004 oder 2006 dauern. Der Verwaltung seien die Liegenschaften als solche bekannt. Sie werde bei Konkretisierung der Veräußerungsabsichten sofort an die Bundesvermögensverwaltung herantreten.

f) Anfrage zur Benennung der neuen Garage des Marienkrankenhauses

Herr Wolfgarten weist darauf hin, daß der Neubau im Bereich des Marienkrankenhauses anläßlich des Richtfestes auf den Namen „Haus Marienberg“ getauft wurde. Diese Namensgebung sei mit Bezug auf das Krankenhaus nachvollziehbar. Nicht nachvollziehen könne er in diesem Zusammenhang die Presseberichterstattung vom 02.04.2001 in der Bergischen Landeszeitung, nach welcher der bislang „Bocker Berg“ benannte Hügel offiziell in „Marienberg“ umbenannt wurde. Eine solche Namensgebung sei jedoch nie Gegenstand eines politischen Gremiums der Stadt gewesen. Er fragt an, wie gesichert werden könne, daß der „Bocker Berg“ auch zukünftig so heiße. Möglich sei auch, die neu entstehende Garage statt „Haus Marienberg“ „Bocker Berg-Garage“ zu taufen.

g) Anfrage zur Größe der Papierkörbe im Bereich von Haltestellen in Refrath und zur künftigen Aufstellungsmöglichkeit für einen Bierwagen während der Karnevalszeit

1. Herr Hoffstadt weist auf seine Anfrage des vergangenen Herbstes zur Größe der Papierkörbe an den Haltestellen in Refrath hin. Diese Papierkörbe seien zu klein, was aufgrund deren ständiger Überfüllung zu einer starken Verschmutzung des Umfeldes der Haltestellen führe. Die Verwaltung habe ihm seinerzeit einen wenig aussagekräftigen Brief übersandt. Bis auf den heutigen Tag habe sich am Erscheinungsbild nichts geändert, vor allem seien keine größeren Papierkörbe angebracht worden. Er möchte wissen, wann die Verwaltung hier endlich tätig werde.
2. Im Zusammenhang mit der derzeitigen Neugestaltung des Bürgerparks Steinbreche möchte er weiterhin wissen, an welcher Stelle die Refrather Vereine künftig zur Karnevalszeit ihren Bierwagen aufstellen können.

Fachbereichsleiter Sterzenbach antwortet zu 2., daß diese Frage zwischen dem zuständigen Mitarbeiter beim Grünflächenbereich und den Vorsitzenden der Vereine einvernehmlich geregelt wurde.

h) Anfrage zum Bebauungsplanvorentwurf für den Bereich Buchmühle und zu den Fahrradwegen im Bereich Heidkamp

1. Herr Ziffus erläutert, daß im Vorentwurf für den Bebauungsplan Buchmühle im rückwärtigen Bereich von Gebäuden an der Laurentiusstraße bzw. an der Hauptstraße etwa 6 – 8 Parkplätze vorgesehen seien, die hinsichtlich ihrer Lage und ihrer Funktionalität als problematisch einzustufen sind. Er möchte wissen, wie der Stand der Diskussion zu diesem Aspekt sei.
2. Danach weist er darauf hin, daß Bürgermeisterin Opladen im vergangenen Jahr im Lkw eines Bergisch Gladbacher Spediteurs eine Fahrt unternommen habe und in diesem Zusammenhang empfahl, die Bensberger Straße durch Herausnahme der Fahrradwege zu verbreitern. Diese könnten ersatzweise rechts oder links der Bensberger Straße in den angrenzenden Wohngebieten verlaufen. Er fragt an, ob Bürgermeisterin Opladen die neueste Verlautbarung des Verkehrsgerichtstages bekannt sei, wonach mehr als 50.000 Kinder und Jugendliche jährlich bei Verkehrsunfällen verletzt und mehr als 300 jährlich getötet werden. Weiterhin fragt er an, ob der Bürgermeisterin bekannt sei, daß gerade die Radwege im Bereich Heidkamp sehr stark durch Kinder und Jugendliche sowie durch ältere Menschen genutzt würden.

Bürgermeisterin Opladen antwortet, daß sie den Hinweis auf eine mögliche Verlegung der Radwege gerade unter Berücksichtigung dieser Fakten gegeben habe.

Herr Ziffus entgegnet, daß eine Verlagerung der Radwege in die seitlichen Wohnbereiche aufgrund der topographischen Gegebenheiten nicht möglich sei. Deren Nutzung würde dann viel zu beschwerlich.

Stadtbaurat Schmickler antwortet zu 1., daß eingegangene Bedenken auch zu diesem Aspekt der Bauleitplanung durch die Verwaltung geprüft und bewertet werde.

Die Anfragen werden, soweit sie nicht bereits mündlich beantwortet wurden, schriftlich beantwortet.

Bürgermeisterin Opladen schließt die öffentliche Sitzung.